

**Konzeption
für einen „Ersatzbau im Walburgerweg/Hof“
des Bereichs Wohnen der
Lebenshilfe
für Menschen mit Behinderung Stadt und Landkreis
Hof e.V.**

Inhalt

1. Träger der Einrichtung	3
2. Informationen über die Einrichtung bzw. den Einrichtungsteil.....	3
3. Leitbild	5
4. Personenkreis und leistungsrechtliche Zuordnung	6
5. Bewohnerbezogene Zielvorstellungen und Teilhabebedarfe.....	7
6. Struktur des Wohnangebots.....	8
a. Zahl der Betreuten / Bewohner	8
b. Raumkonzept	8
7. Personelle Ausstattung	10
8. Organisation des Betriebs.....	10
9. Schwerpunkte der pädagogischen und/oder pflegerischen Arbeit.....	12
10. Übergreifende Leistungen	12
11. Schlüsselprozesse in der Betreuung, Förderung und Pflege	13
a. Aufnahmeprozess	13
b. Hilfeplanung / Teilhabeplanung.....	14
c. Förderplanung.....	14
d. Pflegeplanung	14
e. Vernetzung und Kooperationen	14
f. Aus- und Umzug.....	15
g. Abschiedskultur	16
h. sonstige Dokumentation.....	16
12. Positionsbeschreibungen / Handlungsanweisungen der Einrichtung	16
a. Verfahren der Mitwirkung, Mitbestimmung, Beschwerdemanagement, Ermittlung der Bewohnerzufriedenheit	16
b. Umgang mit Krisen (Handlungsabläufe, Meldeverfahren, Positionspapiere)	17
c. Sexualität	17
d. Freiheitsentziehende Maßnahmen.....	17
13. QM-System und Datenschutz	17
a. Darstellung der Verfahren zu Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung	17
b. Einarbeitungskonzept neuer Mitarbeiter	18
c. Teamsitzungen, Fort- und Weiterbildung, Supervision von Mitarbeitern.....	18
d. Umgang mit Daten (-schutz)	18

1. Träger der Einrichtung

Der Träger der Einrichtung ist die Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Stadt und Landkreis Hof e.V.

Kontakt: Schaumbergstr. 8, 95032 Hof, 09281/7552-0, www.lebenshilfe-hof.de, info@lebenshilfe-hof.de.

Als Mitglied im Lebenshilfe-Landesverband Bayern, sowie in der Bundesvereinigung Lebenshilfe und im Diakonischen Werk Bayern als Spitzenverband betreiben wir Einrichtungen und Dienste für die Behinderten- und Jugendhilfe.

Das Angebotsspektrum erstreckt sich über unterschiedliche Altersgruppen, Lebens- und Bedürfnislagen, welche in folgendem Organigramm dargestellt sind:



2. Informationen über die Einrichtung bzw. den Einrichtungsteil

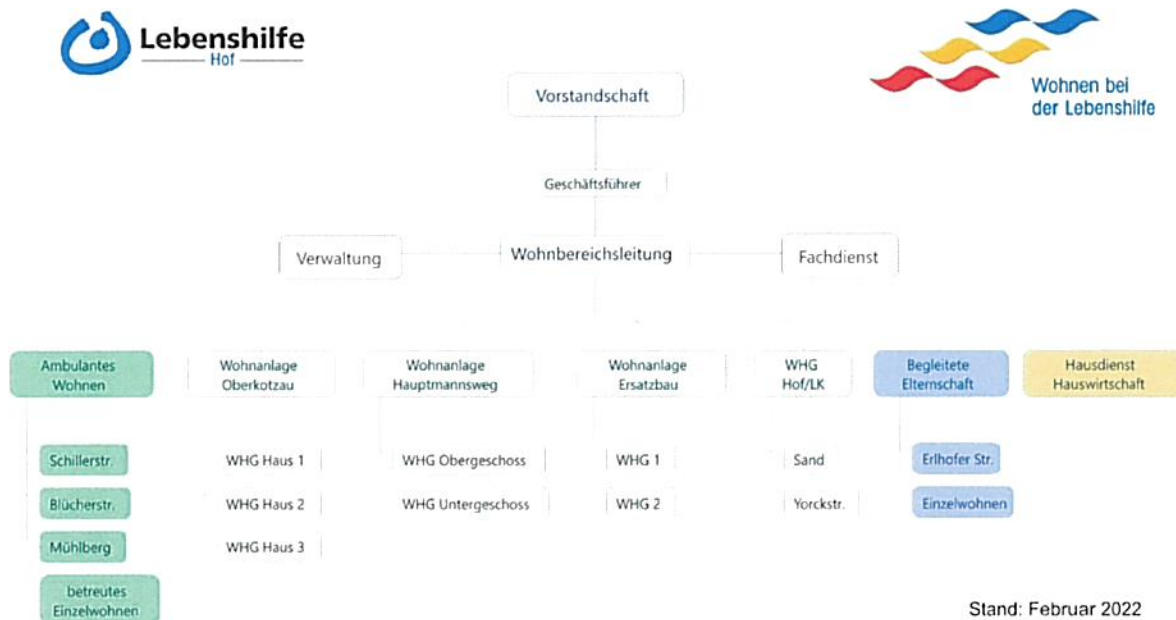
Das Gesamtkonzept „Wohnen“ ist in seiner Entwicklung von einer stetigen Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung des Wohnangebotes gekennzeichnet, dass sich am Hilfebedarf der

Bewohner¹ orientiert. Durch verschiedene Ausrichtungen und Schwerpunkte des Wohnverbundes können somit z.B. mobilere Bewohner aber auch Bewohnern mit einem hohen Unterstützungsbedarf betreut und ein angemessener Wohnplatz angeboten werden. Mobile Bewohner, deren Hilfebedarf aufgrund des Alters oder der Behinderung ansteigt, müssen evtl. zwar die Wohngruppe wechseln, können aber bis zu einem gewissen Pflegebedarf weiterhin im Verbund verbleiben. Nachdem einige der bestehenden Wohnstätten der Lebenshilfe den baulichen Mindestanforderungen aus der AVPfleWoqG nicht mehr entsprechen und die baulichen Strukturen hinsichtlich der steigenden Erfordernisse für die Bewohner im Alter kein angemessenes Wohnumfeld mehr bieten, ist ein bedarfsgerechter Neubau unabdingbar.

Im Sinne der Inklusion hat es für die Lebenshilfe und den Bereich Wohnen eine hohe Priorität, die Wohnanlage so offen zu gestalten, dass einerseits viele Begegnungen möglich werden und andererseits der Wohncharakter gewahrt bleibt.

Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen bedeutet nicht nur Versorgung, Unterkunft und Verpflegung, sondern auch Geborgenheit und Eigenständigkeit, Privatheit und Gemeinschaft und die Möglichkeit des Rückzuges. Die Bewohner der Wohnanlage sollen so normal und selbstbestimmt wie möglich leben können und dazu die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Die Wohnbereichsleitung wird ausgeübt von Herrn Daniel Diezel, Südring 48, 95032 Hof, wohnen@lebenshilfe-hof.de, www.lebenshilfe-hof.de/wohnen. Die Übersicht über die verschiedenen Einrichtungen und Arbeitszweige gliedern sich wie folgt:



¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen; alle sind damit selbstverständlich gleichberechtigt angesprochen.

3. Leitbild

Wir, die Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung - Stadt und Landkreis Hof e.V., verfolgen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke.

Von Anfang an war und ist es unser Anliegen, behinderte Menschen und ihre Familien auf ihrem Lebensweg zu begleiten, zu unterstützen und rechtzeitig qualifiziert zu fördern. Wie andere Menschen auch, sollen sie in ihrer Region zur Schule und später zur Arbeit gehen und gegebenenfalls auch in der Umgebung wohnen können.

Dazu werden Angebote und Dienste vorgehalten, um den Wunsch und Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine angemessene Lebensqualität zu verwirklichen. Schwerpunkte bilden

- der Arbeitsbereich für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung und auch psychischer Behinderung in den Hochfränkischen Werkstätten,
- die Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung (oder von Behinderung bedroht) durch Frühförderung, Schulvorbereitende Einrichtung, integrative Kita, Schule und Tagesstätte,
- der Wohnbereich mit ambulanten und gemeinschaftlichen Wohnmöglichkeiten,
- Beratungs-, Betreuungs- und Entlastungsangebote der Offenen Hilfen
- Sozialpädagogische Familienhilfe
- Begleitete Elternschaft für Eltern(-teile) mit geistiger Behinderung und deren Kindern.

In den integrativen Einrichtungen und Diensten erstreckt sich die Förderung auch auf nicht behinderte Menschen.

Wir unterstützen Menschen mit Behinderung und ihre Familien dabei, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Pflichten zu erfüllen.

Wir verstehen uns als „lernende Organisation“, die stetig die eigenen Arbeitsweisen, Qualitätsstandards und die Wertehaltung reflektiert und weiterentwickelt.

Unsere Arbeit gründet auf einem christlichen Menschenbild, das dem Einzelnen als Ebenbild Gottes unveräußerlichen Wert und uneingeschränkte Würde beimisst, unabhängig von seinen Lebensumständen und seiner Leistungsfähigkeit.

Schlaglichter unserer Grundhaltungen:

- Hilfe zur Selbsthilfe, Selbstbestimmung, „Hilf mir es selbst zu tun“.
- Jeder Mensch wird in seinem „Sosein“ angenommen (ohne aber jedes Verhalten zu akzeptieren). Die Liebe gibt nie jemanden auf, in jeder Lage hofft sie, alles erträgt sie mit großer Geduld.
- Partnerschaftliche, personenzentrierte und vertrauensvolle Begleitung und Assistenz.
- Wir trauen denen, für die wir da sind, etwas zu.
- Für uns ist der Wert des Lebens unantastbar.

- Die Lebenshilfe tritt für Lebensrecht und Menschenwürde ein, von Anfang an, von der Entstehung an, von der Zeugung an.
- Der Mensch ist bildungs-, lern- und entwicklungsfähig, unabhängig von Art und Schwere der Behinderung und seinem Alter.
- Der Mensch mit Behinderung hat die Fähigkeit andere zu bereichern.
- Menschen mit Behinderung brauchen die Gesellschaft, und die Gesellschaft braucht auch die Menschen mit Behinderung.
- Das Leben muss vielfältig bleiben.
- Fördern, betreuen, assistieren und begleiten, unabhängig vom Schweregrad der Behinderung.

4. Personenkreis und leistungsrechtliche Zuordnung

Die neue Wohnanlage Walburgerweg/Hof ist bzw. wird Bestandteil des Bereiches Wohnen der Lebenshilfe Hof.

Das Angebot des gemeinschaftlichen Wohnens wird rechtlich insbesondere durch folgende gesetzliche Bestimmungen umrahmt:

- Leistungen zur sozialen Teilhabe – besondere Wohnformen (SGB IX), Definition im Bereich der Sozialhilfe nach SGB XII
- Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqG) mit deren Ausführungsverordnungen (AVPfleWoqG)

Aufnahme in unserem neuen Wohnheim finden Menschen mit einer geistigen und/oder ggf. mehrfachen Behinderung (§ 2 Abs. 1 SGB IX), denen Eingliederungshilfe zu gewähren ist.

Der betreute Bewohnerkreis umfasst primär Werkstatt- und Förderstättengänger, die vornehmlich aus bestehenden Wohngruppen umziehen. Zudem sollen dort auch Senioren wohnen können, die an den angebotenen Tagesstrukturen vor Ort oder einem anderen Tagesangebot des Wohnbereiches betreut werden.

Vor allem sollen dort Bewohner der bestehenden Wohnheimgruppen „Oelsnitzer Str.“, „Martinsreuth“ und „Sand“ aufgenommen werden, die ein barrierefreies Wohnumfeld benötigen.

Zudem soll der Ersatzbau möglichst den Bedarf aktueller Neuanfragen, besonders im Hinblick auf schwerstmehrfachbehinderte Bewohner, abdecken.

Aufgrund vermehrter Anfragen von Menschen mit Behinderung, die einen nächtlichen Hilfebedarf haben und um zu verhindern, dass Bewohner, bei denen sich ein nächtlicher Hilfebedarf entwickelt, die Einrichtung verlassen müssen, ist eine Nachtwache vorzusehen. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass beim Personenkreis ein nächtlicher Hilfebedarf vorliegt.

Alle 24 Bewohner sind aufgeteilt in zwei eigenständige Gruppen mit je 12 Personen. In jeder der Gruppen werden 5 rollstuhlgerechte Zimmer mit entsprechendem Sanitärbereich vorgehalten, um auch Personen mit Einschränkungen des Bewegungsapparates angemessene Räume zu bieten. Die Planung der Aufteilung der 24 Bewohner wird vorgenommen in 12 Werkstattgänger, 6 Förderstättengänger und 6 Personen mit integrierter Tagesstruktur (Rentner).

Das Einzugsgebiet umfasst vorwiegend die Stadt und den Landkreis Hof.

Unser offenes Wohn- und Leistungsangebot richtet sich an Menschen mit Behinderung, die

- tagsüber einer Arbeit nachgehen, in der Regel in den Hochfränkischen Werkstätten,
- nicht primär an einer Suchterkrankung leiden,
- bei denen nicht die psychische Behinderung im Vordergrund steht,
- die mindestens 18 Jahre alt sind,
- keine ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten wie massive Selbst- und/oder Fremdgefährdung zeigen, die das Zusammenleben in erheblichem Maße beeinträchtigen,
- die ggf. nur einfache medizinische Behandlungspflege benötigen,
- keine medizinische Intensivpflege benötigen,
- die keine Weglauftendenzen zeigen.

Das Wohnheim bietet die baulichen wie auch fachlichen Voraussetzungen, damit Bewohner auch dann weiterhin in ihrem Zuhause verbleiben können, wenn sie nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen oder die Pflegebedürftigkeit zunimmt. Der Eintritt in eine Teilzeitbeschäftigung oder den Ruhestand, ein höheres Maß an Pflegeaufwand oder ggf. das Benötigen eines Rollstuhls muss nicht zwangsläufig zu einem Auszug führen.

Aufgrund eher positiver Erfahrungen mit einer heterogenen Gruppenstruktur in bisherigen Wohngruppen werden sich die beiden Gruppen geschlechts- und altersgemischt zusammensetzen. Auch der Grad der Behinderung ist nicht unbedingt ausschlaggebend, wer in der Gruppe aufgenommen und integriert werden kann.

5. Bewohnerbezogene Zielvorstellungen und Teilhabebedarfe

Angestrebt wird ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen.

Durch das BTHG mit dem Instrument des bayerischen Bedarfsentwicklungsinstrument (BIBAY) wird verstärkter Wert auf die Wünsche und Ziele des Bewohners eingegangen. Besonders zu Beginn, aber auch im stetigen Verlauf, wird der Bewohner bei der Findung selbstbestimmter Teilhabeziele unterstützt. Die personenzentrierte Sichtweise stellt die Lebenswirklichkeit mit Bedürfnissen, Wünschen und Zielen in den Mittelpunkt. In einem dialogischen Aushandlungsprozess unter Einbeziehung der Stärken und Bedarfe werden Teilhabeziele vereinbart.

Zu deren Umsetzung dienen beispielsweise auch „Mitbestimmung“, „Haltung des Zutrauens“, „kleine Aufgaben übernehmen, die selbst ausgeführt werden können“, „Einbindung in die Bewältigung anfallender Aufgaben (Hauswirtschaft, Zimmerordnung, Einkäufe usw.)“.

6. Struktur des Wohnangebots

a. Zahl der Betreuten / Bewohner

Die Wohnanlage Walburgerweg bietet Platz für 24 Bewohner, die sich in 2 Bewohnergruppen gliedern.

b. Raumkonzept

Jedem Bewohner stehen neben seinem eigenen Einzelzimmer mit zeitgemäßer Ausstattung zusätzlich ein eigener Sanitärbereich zur Verfügung. Wenn gewünscht, kann der Bewohner eigene Möbel nutzen. Der Sanitärraum ist mit einem Waschtisch, einem WC und einem Duschplatz ausgestattet. In jeder Wohngruppe weisen fünf der Zimmer die erforderlichen Bewegungsflächen und Ausstattungsmerkmale für Rollstuhlfahrer auf. Für Pflegebedarf, der im eigenen Sanitärraum nicht abdeckt werden kann, steht ein Pflegebad für jede Gruppe u.a. mit Pflegewanne, Dusche, behindertengerechtem WC und Wickelliege bereit. Eine desinfizierende Fäkalienspüle und ein Pflegemittelraum zur Lagerung benötigter Pflegeartikel grenzen in der Nähe an das Pflegebad an.

Ein gemeinsamer Wohn- und Essraum je Gruppe wird wohnlich gestaltet und soll Geborgenheit vermitteln. Es soll derart angeordnet sein, dass es Nischen und Aufenthaltsmöglichkeiten gibt, die nicht sofort einsehbar sind. Eine moderne Schiebe-/Trennwand bietet die Möglichkeit die benannten Räume an wechselnde Bedarfe anzupassen. Im Untergeschoß ist der Innenhof direkt mit dem Wohnbereich verbunden, im Obergeschoss ist eine Balkonterrasse dem Wohnraum vorgelagert.

Um das Konzept der Selbstversorgung pragmatisch umzusetzen ist die Gruppenküche am Essplatz angrenzend. Werktags (Frühstück und Abendessen) und am Wochenende werden die Mahlzeiten unter Beteiligung der Bewohner durchgängig selbst zubereitet. Für die Rentner wird ein Mittagessen geliefert, gelegentlich aber auch selbst gekocht. Die Küche bietet Lagermöglichkeiten für den täglichen Bedarf, weitergehende Lagermöglichkeiten, z.B. für Getränke, Nachfüll- oder Großpackungen, können in einem separaten Raum aufbewahrt werden.

Ein Mehrzweckraum und ein Hobbyraum inklusive Küchenzeile bieten z.B. Möglichkeiten für inklusive Veranstaltungen, Feste feiern, Teambesprechungen und auch für Bewegungsangebote. Aufgrund der zentralen Lage der Wohnanlage sollen diese Räume die Möglichkeit bieten, übergreifende Begegnungs- und Feierrmöglichkeiten des gesamten Wohnbereichs zu ermöglichen (derzeit ca. Bewohner), z.B. Faschingsfeier, Kickerturnier, Seniorentreffen, Sommerfest usw. Als Nebeneffekt bietet der Raum in der Größe die Möglichkeit für Mitarbeiterschulungen, Fortbildungen und größere Besprechungen.

Werktags werden hier Angebote für die Senioren gestaltet (Punkt 8: Leitlinien Seniorenarbeit). Die Räume werden zeitgemäß (Technik) und mit aktivierenden Elementen ausgestattet (z.B. Kicker usw.) In unmittelbarer Nähe befindet sich eine rollstuhlgerechte Besuchertoilette.

Für therapeutische Maßnahmen innerhalb der Einrichtung (Ergo, Physiotherapie) bietet ein Therapieraum den nötigen Platz und Ausstattung.

Mit Blick auf die Aufgaben und Bedürfnisse der Mitarbeiter sind folgende Räume für den laufenden Betrieb eingeplant. Ein Dienstzimmer je Ebene mit Mitarbeitertoilette bietet unter anderem die Möglichkeit Dokumentationsaufgaben durchzuführen, Medikamente aufzubewahren oder beispielsweise persönliche Gespräche zu führen. Für die Nachtwache steht zusätzlich auf einer Ebene ein Raum mit Sanitär zur Verfügung. Ein Personalaufenthaltsraum für Pausenzeiten und der Möglichkeit sich umzuziehen berücksichtigt arbeitsrechtliche Vorgaben, eine Duschmöglichkeit wird vorgehalten. Ein Büroraum für die Hausleitung ergänzt die Mitarbeiterräume.

Zur Wäschereinigung und -trocknung von Individual- und Gruppenwäsche wird ein Hauswirtschaftsraum vorgehalten. Eine strikte Trennung zwischen Schmutzwäsche und sauberer Wäsche wird sichergestellt. Die Arbeiten übernimmt einerseits eine Hauswirtschaftskraft, andererseits werden die Bewohner (auch Rollstuhlfahrer) durch Personal angeleitet und unterstützt, ihre Wäsche selbst zu waschen.

Die persönlichen Gegenstände der Bewohner können in einem dafür vorgesehenen Raum gelagert werden.

Die Hausreinigung wird durch externe Firmen übernommen, zur Lagerung von dazu nötigem Gebrauchsmaterial ist auf jeder Ebene eine Putzkammer vorzuhalten.

Weitere Abstellflächen für Rollstühle, Rollatoren und weitere Hilfsmittel werden im Flurbereich ergänzt. Dort in der Nähe wird auch eine Garderobe angebracht.

Für den Hausmeister wird ein Hausmeisterzimmer eingerichtet. Dieser ist einrichtungsübergreifend tätig, benötigt vor Ort aber Platz für Werkzeuge, Materiallager und der Möglichkeit Arbeiten durchzuführen (Werkbank usw.). Notwendige Räume für die Haustechnik werden in ausreichender Größe eingeplant. Vor dem Haus stehen vier frostfreie und trockene Garagen bereit, auch um z.B. größere Gegenstände zu lagern (E-Rolli, Möbel etc.)

Um dem Bedürfnis der Bewohner nachzukommen, dass Besucher und Angehörige im Wohnheim übernachten können, kann ein Gästezimmer (Wohn-/Schlafraum mit Sanitärraum) genutzt werden. Das Zimmer ist nutzbar z. B. bei Partnerschaften oder bei Begleitung der Bewohner von Angehörigen bei schwerer Krankheit oder auch bei der Sterbephase. Dieses Zimmer kann auch als Quarantäne- oder Krankenzimmer genutzt werden.

Das Wohnheim verfügt über einen Aufzug, der auch für Rollstühle geeignet ist.

7. Personelle Ausstattung

Die Gesamtleitung liegt bei dem Geschäftsführer der Lebenshilfe Hof. Die Hausleitung ist direkt der Wohnbereichsleitung unterstellt.

Der sozialpädagogische Fachdienst ist mit dem entsprechenden Stundenanteil nach Vorgaben des Kostenträgers (Bezirk Oberfranken) tätig.

Die Personalausstattung orientiert sich am Hilfebedarf der Bewohner und den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen. Dabei wird in allen Gruppen die Ausstattung mit Fach- und Hilfskräften im notwendigen Umfang gesichert.

Dazu gehört auch, dass in der neuen Wohnanlage dem besonderen Betreuungs-, Förder- und Pflegebedarf des entsprechenden Anteils an Bewohnern Rechnung getragen werden muss.

Jede Gruppe muss mit ausreichend Fachkräften wie Heilerziehungspfleger, Erzieher und Pflegefachkraft ausgestattet sein. Als Zweitkräfte werden z.B. Heilerziehungspflegehelfer oder Pflegefachhelfer eingesetzt. Praktikanten verschiedener Ausbildungen und Freiwilligendienstler können hier ein Betätigungsfeld finden. Entsprechende Stellenbeschreibungen liegen vor.

Eine Hauswirtschaftskraft und ein Hausmeister werden mit entsprechend genehmigtem Stundenanteil vor Ort eingesetzt. Eine Verwaltungskraft mit Sitz im Hauptbüro wird die administrativen Aufgaben unterstützen.

Für die Nachtwache sind zudem Fachkräfte anzustellen.

8. Organisation des Betriebs

Die Wohnanlage unterteilt sich in zwei Gruppen von jeweils 12 Bewohnern, die weitestgehend unabhängig voneinander ihr Gruppenleben gestalten. Jede Gruppe ist mit allen üblichen Standards ausgestattet, die eine Selbstversorgung ermöglichen und die auch für pflegebedürftige Bewohner alle notwendigen Vorkehrungen von baulicher Seite (z.B. rollstuhlgerecht) bietet.

Die Mahlzeiten werden in der Einrichtung von den Mitarbeitern und den Bewohnern zubereitet. Bei der Wäscheversorgung und der Ordnung in den Gruppen, der Gestaltung der Gemeinschaftsräume und des Gartens wird der Bewohner im Rahmen seiner Möglichkeiten mit Unterstützung der Mitarbeiter beteiligt.

Für jeden Bewohner steht ein Einzelzimmer mit eigenem Sanitärbereich mit WC und Dusche zur Verfügung.

Im Haus wird eine Nachtwache durch Fachkräfte vorgehalten. Die nächtliche Betreuung wird in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, bzw. an Wochenenden und Feiertage bis 8 Uhr, durchgeführt.

Die Reinigung des Hauses wird von einer Reinigungsfirma übernommen.

Da zu erwarten ist, dass einige Bewohner ihre Wäscheversorgung nicht, oder nicht einmal teilweise, übernehmen können, ist die stundenweise Anstellung einer Hauswirtschaftskraft vorgesehen.

Es wird Wert gelegt auf eine Einbettung in den Sozialraum (Verkehrsanbindung ist vorhanden), Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, Einkaufsmöglichkeiten, Nutzung von öffentlichen Angeboten, Ärzte, Nutzung therapeutischer Angebote.

Während der Arbeitszeiten in den Hochfränkischen Werkstätten findet im Wohnheim keine Betreuung statt (Montag bis Donnerstag von 8 bis 16 Uhr, Freitag 8 bis 13 Uhr). Außerhalb dieser Zeiten, also auch an Wochenenden, Feiertagen und Urlaubstagen der Bewohner wird die Betreuung zeitlich umfassend durchgeführt. Senioren, Teilzeitbeschäftigten oder Bewohnern, die krankheitsbedingt die WfbM nicht aufsuchen können wird eine Tagesbetreuung in Form von „Tagesstrukturierenden Maßnahmen“ (TSM) angeboten.

Die Arbeit mit den Senioren nimmt eine hohe Priorität ein, die wichtigsten Leitlinien werden im Folgenden kurz erläutert. Grundsätzlich geht es bei den „Tagesstrukturierenden Maßnahmen“ um eine Aktivierung der altersgerechten Möglichkeiten und die Nutzung der individuellen Potentiale der Senioren / Seniorinnen. Immer ist der einzelne Mensch mit seinen Bedürfnissen, Interessen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Motiven in den Vordergrund zu stellen.

Älteren Menschen soll, nachdem sie aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind, weiterhin ein Beschäftigungs- und Erlebnisfeld angeboten werden. Wir gehen davon aus, dass auch ein Mensch mit einer geistigen Behinderung im Alter lernbereit und offen für Anregungen ist.

Durch vielfältige Angebote soll Gelegenheit gegeben werden, versteckte Fähigkeiten und Fertigkeiten zu aktivieren, Vorhandene zu nutzen und zu erhalten, sowie Neue zu entdecken und weiterzuentwickeln.

Die Reflexion der individuellen Lebensgeschichte dient der Erhaltung des Selbstwertgefühls und dem Austausch von Erfahrungen und Erlebnissen.

Das soziale Miteinander, die Kommunikation mit Gleichgesinnten, die Unterstützung von Freundschaften, sowie das Ermöglichen von Außenkontakten sollen helfen, die Lebensfreude, das Interesse und das Selbstwertgefühl zu wecken und / oder zu erhalten.

Durch Begegnungsmöglichkeiten mit externen Personen wird die soziale Integration erweitert und damit die Einschränkungen durch die Behinderung verringert. Betreffende Mitarbeiter werden an das Netzwerk der Seniorenarbeit von Stadt und Landkreis Hof angebunden.

9. Schwerpunkte der pädagogischen und/oder pflegerischen Arbeit

Die neue Wohnanlage ist so angelegt, dass sie neben Privatheit und dem gemeinsamen Leben in der gesamten Gruppe oder Teilgruppe, weitere Möglichkeiten inklusiver Begegnung bietet, u.a. durch Besuche von Verwandten, Freunden, Nachbarn, Unterstützern, ehrenamtlichen Helfern, etc., die sich in geselligen Aktivitäten, konkreten Hilfen, Begleitung, gemeinsamer Beschäftigung in unterschiedlicher Zusammensetzung aber auch in größeren Gruppen, u. ä. konkretisieren können.

Den berechtigten sozialen Bedürfnissen der Bewohner wollen wir gerecht werden, die für sie bedeutungsvolle Familie und ihre Bezugspersonen einbeziehen und sie zu sinnvoller Inklusion ermuntern und befähigen. Da die individuellen Voraussetzungen der Familien und des Umfeldes, die gesellschaftlichen Vorstellungen und Gegebenheiten sowie die Zusammensetzung der Bewohnerschaft dem Wandel unterliegen, sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Formen respektvoller Betreuung unter inklusiven Aspekten mit Leben zu erfüllen und sie zusammen mit den Bewohnern weiterzuentwickeln. Die Konzeption ist dementsprechend immer wieder fortzuschreiben.

Die pädagogische und pflegerische Arbeit orientiert sich im Wesentlichen an den Fähigkeiten des Einzelnen, an den Zielen, die sich aus den unterschiedlichen Lebensbereichen ergeben. Hilfen in Form von Begleitung, Beratung und teilweiser Übernahme von Tätigkeiten werden in folgenden Bereichen angeboten:

- Alltägliche Lebensführung
- Individuelle Basisversorgung
- Gestaltung sozialer Beziehungen
- Teilnahme am kulturellen Leben
- Kommunikation und Orientierung
- Emotionale und psychische Entwicklung
- Gesundheitsförderung und -erhaltung

Ziel ist es, den Bewohner in den genannten Bereichen zu größtmöglicher Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Besonders wichtig ist uns hierbei die persönliche von Vertrauen getragene Beziehung zu den Bewohnern. Selbstbestimmung der Bewohner leitet unsere pädagogische Vorgehensweise, die sich an einer ganzheitlichen Förderung der Bewohner und Elementen der Verhaltensunterstützung orientiert.

Um eine professionelle Pflege sicherzustellen werden passgenaue Pflegestandards entwickelt, fortgeschrieben und regelmäßig geschult. Die Beimischung von Pflegefachkräften soll die Pflegequalität sicherstellen.

10. Übergreifende Leistungen

Der Bereich Wohnen fügt sich organisch in die Gemeinschaft der übrigen Arbeitsbereiche bei der Lebenshilfe Hof ein. Insbesondere ist er vernetzt:

- mit dem Bereich Schule/Tagesstätte, vor allem, wenn es um die Ermittlung einer geeigneten Wohnform für Schulabgänger geht,
- mit den Hochfränkischen Werkstätten, wenn es um die Angelegenheiten geht, die einen arbeitenden Menschen tangieren,
- mit dem Bereich der Offenen Hilfen, wenn es um Angebote der Freizeitbeschäftigung geht.

Darüber hinaus ist die Wohnheimarbeit vielfältig vernetzt mit den sonstigen Anbietern sozialer Leistungen, soweit sie für den einzelnen Bewohner vonnöten, sinnvoll oder von Interesse sind (z.B. Anbieter von Freizeitangeboten, Ärzteschaft, Kliniken).

Die Standorte der verschiedenen Wohnformen sind verstreut in mehreren Wohnquartieren der Stadt und dem Landkreis Hof. Sie sind eingebunden in die üblichen Versorgungs- und Begegnungsstrukturen des Viertels (z. B. Nachbarschaft, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten).

Wohl wissend, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie und den gesetzlich bestellten Betreuern ist, wird die Kontaktpflege hier als ein wesentlicher Teil unserer Arbeit angesehen. Regelmäßige sowie anlassbezogene Gespräche belegen die Bedeutung dieser Kooperation. Inhalt dieser Kontakte sind u.a. die aktuelle Befindlichkeit, Besprechung von Berichten nach dem Gesamtplanverfahren, Planung von größeren Aktivitäten und wenn nötig Absprachen bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens wie z.B. mit Verhaltensweisen und Vorkommnissen umgegangen wird.

Wichtige allgemeine Informationen werden in Form von Rundbriefen mitgeteilt.

Weiter werden die Angehörigen und gesetzl. Betreuer zu Feierlichkeiten gruppenbezogen und gruppenübergreifend eingeladen.

11. Schlüsselprozesse in der Betreuung, Förderung und Pflege

a. Aufnahmeprozess

1. Erstgespräch

Das Erstgespräch findet beim Anfragenden zu Hause oder im Wohnheimbüro statt.

Teilnehmer des Gespräches sind der zukünftige Bewohner, Eltern, gesetzl. Betreuer, zuständiger Mitarbeiter und der Heimleiter. Die Zielsetzungen des Erstgespräches sind:

- den Bewohner und seine Familie kennen lernen (aktuelle Infos, Besonderheiten, Aufnahmegrund, Vorlieben),
- Vermittlung von Infos über die Einrichtung (wie z.B. Wohnheimalltag, Konzeption),
- Hinweis auf benötigte Unterlagen zur Erstellung einer Anamnese aufzeigen,
- Info über den formellen Weg einer Wohnheimaufnahme und den sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen,
- Terminvereinbarung für unverbindliche Besuche der Wohnheimgruppe,
- Wenn möglich Besichtigungstermin der Einrichtung vereinbaren.

2. Durchführung des vereinbarten Besichtigungstermins
Der Besichtigungstermin (bzw. -terminen) dient dem gegenseitigen Kennenlernen von Mitbewohnern wie Mitarbeiter, Erleben von Wohnheimalltag und Kennenlernen der Räumlichkeiten. Gleichwohl können die Mitarbeiter und Bewohner eine Einschätzung vornehmen, ob der Bewerber in die Gruppe „passt“.
3. Wenn gewünscht oder es für sinnvoll erachtet wird, kann ein „Probewohnen“ durchgeführt werden, z.B. an Wochenenden.
4. Einholen von Informationen über andere Einrichtungen wie HW-Hof (WfbM), TPZ (Berufsschulstufe), etc. Datenschutzbestimmungen werden dabei eingehalten, auf das Vorliegen der Einverständniserklärung von Bewohner und/oder gesetzl. Betreuer wird geachtet.
5. Der Antrag auf Übernahme der Wohnheimkosten wird vom gesetzlich bestellten Betreuer gestellt.
6. Prüfung des Hilfebedarfes, wie er aus dem Kostenübernahmebescheid hervorgeht.
7. Bewohnerakte anlegen
Inhalt: Antrag auf Kostenübernahme, Heimvertrag, Stammblatt des Bewohners, bisher gesammelte Informationen, Risikoplan, Ärzteblatt/Medikation, pädagogisches Tagebuch, Anamnese
8. Besuch des zukünftigen Bewohners am Arbeitsplatz durch Wohnheimleiter und verantwortlichem Mitarbeiter
9. Einzug des Bewohners
10. Regelmäßiger Austausch (mind. 14-tägig bzw. nach Bedarf) mit Eltern/gesetzl. Betreuer, besonders in der Eingewöhnungsphase.

b. Hilfeplanung / Teilhabeplanung

Die Hilfemaßnahme insgesamt aber auch die individuelle Entwicklung wird nach dem gesetzlich vorgegebenen Gesamtplanverfahren geplant und fortgeschrieben und regelmäßig durch den Kostenträger überprüft. Derzeit wird dabei der Hilfebedarfserfassungsbogen und das Metzler-Verfahren genutzt. Das neue Bibay-Verfahren (Bayerisches Bedarfsermittlungsinstrument) kommt zum Einsatz, sobald die Verfahrensweise verbindlich geregelt ist und der Kostenträger die Umstellung darauf vorgenommen hat.

c. Förderplanung

Die Förderplanung richtet sich derzeit nach der Ermittlung des Hilfe- und Förderbedarfes mit dem H.M.B.-Verfahren („Metzlerverfahren“). Die Förderplanung gibt Aufschluss über das jeweilige Förderziel, die Art, die Dauer der Umsetzung und weist die Durchführung nach.

d. Pflegeplanung

Besonderer Pflegebedarf, der nicht in der Hilfe- bzw. Förderplanung abgebildet werden kann, wird separat dokumentiert. Notwendige bedarfsorientierte Maßnahmen werden entwickelt und eine aussagekräftige Dokumentation daraus abgeleitet (PEG-Sonde, Diabetes, Stomaversorgung).

e. Vernetzung und Kooperationen

Um den Bewohnern eine weitergehende Förderung und Therapie zu ermöglichen, streben wir eine Zusammenarbeit mit externen Fachstellen z. B. Ergotherapie, Krankengymnastik oder

Logopädie an. Entsprechender Raum ist daher erforderlich auch für den Fall, dass die Behandlung durch eine externe Fachkraft in der Einrichtung erfolgen muss.

Mit dem Lebenshilfe Landesverband Bayern sowie dem Diakonischen Werk Bayern findet ein regelmäßiger Austausch zu allen relevanten Fragen der Arbeit statt. Der Besuch von Fachtagungen sowie die Nutzung der Informationsdienste sind wertvolle Bereicherungen für die Arbeit vor Ort.

Zudem können auch spezielle Fachfragen mit entsprechend kompetenten Mitarbeitern persönlich erörtert werden (FQA, Lebenshilfe Landesverband Bayern, Diakonisches Werk Bayern).

Die Zusammenarbeit mit der Fachaufsicht für Pflege- und Behinderteneinrichtungen über die turnusgemäßen Begehungen hinaus ist für uns ein fester Bestandteil, um die gesamte Arbeit weiter zu professionalisieren.

f. Aus- und Umzug

Es können durchaus Umstände eintreten, die einen Aus- bzw. Umzug notwendig, wünschenswert und sinnvoll werden lassen. Obwohl erwachsene Menschen mit Behinderung ein Leben lang im Wohnheim wohnen können, sind Auszüge und Umzüge möglich und gegebenenfalls notwendig.

Gründe hierfür könnten sein:

- die Einrichtung aufgrund des gesundheitlichen und/oder psychischen Zustandes des Bewohners eine adäquate Betreuung nicht mehr gewährleisten kann. (siehe Ausschlusskriterien bei Punkt 2 Personenkreis),
- der Bewohner in der Lage und willens ist in eine ambulant unterstützte Wohnform umzuziehen,
- der Bewohner in ein anderes Wohnheim oder zurück nach Hause ziehen möchte.

Vollzug des Aus- bzw. Umzuges

In einem oder ggf. mehreren Gesprächen, wird die Situation erörtert und entsprechende Alternativen des zukünftigen Wohnens thematisiert. Teilnehmer dabei sind der Bewohner, der gesetzlich bestellte Betreuer, Angehörige, eine Fachkraft der Gruppe und der Einrichtungsleiter oder der Fachdienst.

Unterstützung bei der Suche nach einer geeigneten Wohnform wird angeboten.

Folgende Schritte umrahmen den Prozess:

- Der Heimvertrag wird gekündigt.
- Dem Kostenträger wird der Abschlussbericht (HEB-C-Bogen) zugesandt.
- In Gruppengesprächen werden die Mitbewohner über das Vorhaben informiert und es werden Absprachen getroffen wie der Auszug seitens der Bewohner begleitet werden kann (z.B. eine Abschiedsfeier).

- Beim Auszug werden alle wichtigen Dokumente mitgegeben und Kontaktdaten für Rückfragen weitergegeben.
- Den Umzug organisiert der Bewohner und oder sein gesetzlich bestellter Betreuer selbst.

g. Abschiedskultur

Wenn ein Bewohner unseres Hauses verstirbt, bieten wir mit Absprache der Angehörigen unserer Bewohner und Mitarbeitern die Möglichkeit sich im Rahmen einer Trauerfeier, die dem religiösen oder kulturellen Hintergrund des Verstorbenen angemessen ist, zu verabschieden. Darüber hinaus wird in den Tagen nach dem Tod ein Bild des Verstorbenen im Gruppenraum aufgestellt und daneben eine Kerze entzündet. In Gesprächen erinnern sich Bewohner und Mitarbeiter an Erlebnisse, die sie mit dem Verstorbenen hatten. Der Fachdienst ist in der Palliativbegleitung geschult und kann situativ Bewohner und Mitarbeiter unterstützen.

h. sonstige Dokumentation

Das pädagogische Tagebuch beinhaltet Vorkommnisse welche die Gruppe oder einzelne Bewohner betrifft. Wenn eine Nachtwache erforderlich ist, dokumentiert diese ihre Rundgänge und ebenfalls besondere Vorkommnisse aller Art.

Arztbesuche, die Krankheitsgeschichte und deren Verlauf und das Setzen und die Vergabe der Medikamente werden ebenfalls dokumentiert.

Von Gesprächen der Kontakte mit Betreuern und Angehörigen, Mitarbeitern der WFbM, Teambesprechungen etc. wird ein Protokoll angefertigt.

Die Kontrolle der Lebensmittel, die Dokumentation der ärztlichen Verordnungen, der medizinischen und pflegerischen Versorgung und weitere Qualitätsmerkmale sind schriftlich geregelt und werden regelmäßig durch die Fachstelle für Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) kontrolliert.

12. Positionsbeschreibungen / Handlungsanweisungen der Einrichtung

a. Verfahren der Mitwirkung, Mitbestimmung, Beschwerdemanagement, Ermittlung der Bewohnerzufriedenheit

Den Bewohnern steht das Gremium des Bewohnerbeirats zur Mitbestimmung und als Beschwerdestelle zur Verfügung.

Als Beschwerdemöglichkeiten gibt es einen internen Beschwerdeweg (Gruppenleiter, Hausleiter, Wohnbereichsleiter, Geschäftsführung) und auch externe Stellen, die einbezogen werden können. Besonders empfehlen wir ein Angebot des Lebenshilfe Bundesverbandes, der die Belange und die Lebenswirklichkeit geistig behinderter Menschen kennt und einschätzen kann. Das Angebot ist zu finden unter:

Bubl, Bundesweite Beschwerdestelle für die Lebenshilfe, www.bubl.de.

Die Kontaktdaten und die Möglichkeiten werden den Bewohnern und gesetzl. Betreuern zur Verfügung gestellt.

b. Umgang mit Krisen (Handlungsabläufe, Meldeverfahren, Positionspapiere)

Bei Krisen wird der Wohnbereichsleiter in das Geschehen einbezogen und es werden ggf. unter Einbeziehung des Fachdienstes tragfähige Lösungen erarbeitet und umgesetzt.

Für krisenhafte Situationen (Brand, Unfall, gesundheitliche Notsituationen) gibt es vorgeschriebene Handlungsabläufe die regelmäßig eingeübt bzw. thematisiert werden.

c. Sexualität

Die Bewohner haben ein Recht auf Sexualität. Über Verhütung wird informiert. Eine Paarbildung wird unterstützt. Für die Ausübung der Sexualität werden Rahmenbedingungen mit den Bewohnern erarbeitet. Ein Gewaltschutzkonzept umrahmt diesen Bereich.

d. Freiheitsentziehende Maßnahmen

Maßnahmen werden ausschließlich nach richterlicher Anordnung umgesetzt in Form von Bettgitter oder Bauchgurt. Nachts ist eine regelmäßige Kontrolle durchzuführen. Die Maßnahmen werden kontinuierlich/regelmäßig auf ihre Notwendigkeit oder Anpassungsbedarf überprüft. Es wird jeweils nach der mildesten Variante von Maßnahmen gesucht.

13. QM-System und Datenschutz

a. Darstellung der Verfahren zu Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

Als Grundlage für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess und der Optimierung von Prozessen und Abläufen werden die Phasen des PDCA-Zyklus umgesetzt.

Ergebnisse fließen in die Konkretisierung und Weiterentwicklung unserer Konzeption ein.

Unter Beteiligung der Fachkräfte werden die Dienstpläne nachvollziehbar und entsprechend den gesetzlichen Vorgaben erstellt.

Besprechungsgremien

a) Teambesprechungen

Wöchentlich finden in jeder Wohnheimgruppe Teambesprechungen statt, an denen alle Mitarbeiter im Gruppendienst teilnehmen. Themen sind:

- Organisatorisches
- Pädagogische Fragen
- Zusammenarbeit im Team, mit anderen Einrichtungen, z.B. Werkstatt
- Einzelfallbesprechungen
- Dienstplan und Urlaubsplanung

- Aktuelles

b) D – Team („Delegiertenteam“)

Dieses Gremium trifft sich alle 2 Monate. Eine Fachkraft aus jeder Wohnheimgruppe nimmt daran teil. Themen sind:

- aktuelle Themen, die alle Wohnheimgruppen betreffen
- Organisation von Veranstaltungen
- Evaluation von Arbeitsbereichen
- Vorbereitung von internen Fortbildungen
- Fachlicher Austausch zu pädagogischen Fragen und Problemstellungen

Bei Bedarf werden zusätzliche Arbeitskreise gebildet, z. B. zu Themen Sicherheit, Hygiene, Mitarbeitergesundheit.

b. Einarbeitungskonzept neuer Mitarbeiter

Für neue Mitarbeiter liegen Einarbeitungschecklisten bereit, die von bestehenden Mitarbeitern erklärt werden und die auf eine komplette Abarbeitung aller Punkte achten. Gruppen- und bewohnerspezifisches Fachwissen wird innerhalb des Teams durch Anleitung mitgeteilt.

c. Teamsitzungen, Fort- und Weiterbildung, Supervision von Mitarbeitern

Für die Mitarbeiter besteht die Möglichkeit an Fortbildungen teilzunehmen, bevorzugt an Veranstaltungen, die die Landes- bzw. Fachverbände Lebenshilfe und Diakonisches Werk anbieten; aber auch Angebote anderer Anbieter können genutzt werden. Zu fachlichen Themen werden regelmäßig interne Fortbildungen angeboten. Bei Bedarf wird auch Supervision angeboten.

Die Teilnahme, insbesondere des Leitungspersonals, an überregionalen Veranstaltungen und Fachtagungen von Verbänden, Fachorganisationen, Hochschulen, der ConSozial u.a. wird im Interesse der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung gefördert.

d. Umgang mit Daten (-schutz)

Der Umgang mit Daten wird im Anhang beschrieben (Anhang 1)

Anhang 1: Datenschutz

A) Information zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten

Zur Erfüllung des Vertrages müssen personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und genutzt werden (Verarbeitung). Dieser Vertrag, Spezialvorschriften des Sozialgesetzbuches, das Datenschutzrecht (Datenschutzgesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie die Sozialdatenschutzregelungen) und – sofern vorhanden – die individuelle Leistungsvereinbarung und Vereinbarungen mit den zuständigen Trägern der Sozialhilfe belegen dazu.

Die Vorschriften des Datenschutzes der evangelischen Kirche in Deutschland (§ 6 Nummer 5 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nummer 8 und Absatz 3 EKD-Datenschutzgesetz) sowie in entsprechender Anwendung die Vorschriften des § 35 SGB I und der §§ 67 ff. SGB X finden Beachtung. Es werden nur die Daten erhoben, verarbeitet und genutzt, die zur Erfüllung des Vertrages einschließlich der notwendigen Dokumentation erforderlich sind (Verwendungszweck); zu anderen Zwecken dürfen die Daten nicht verwendet werden. Eine Weitergabe (Übermittlung) anvertrauter oder gespeicherter Daten bedarf immer der Einwilligung der Bewohnerin/des Bewohners, sofern nicht eine Rechtsvorschrift die Übermittlung zulässt oder vorschreibt oder sofern die Daten für die Übermittlung nicht anonymisiert wurden.

I. Umfang der Datenverarbeitung

Soweit erforderlich, können für die Erfüllung dieses Vertrages die nachfolgenden Daten durch die Einrichtung erhoben und gespeichert werden (§ 6 Nr. 5 EKD-Datenschutzgesetz):

1. Informationssammlung

- Pflegeanamnese
- Stammdaten
- Biografische Daten
- Dokumentation freiheitsentziehender Maßnahmen/ Genehmigung

2. Ressourcen / Problemerkfassung

- Ärztliche Verordnungen/Medikamentengabe
- Risikoerkennung zu Dekubitus- und Sturzgefährdung und Berücksichtigung erforderlicher Prophylaxen, Fotodokumentation sofern vorhanden
- pädagogische Dokumentation im Rahmen des Gesamtplanverfahrens und der Hilfebedarfsermittlung

3. Festlegung der Ziele

- Wundbehandlung/Wundverlauf (soweit Wunden vorhanden sind)

4. Planung der Maßnahmen im Rahmen des Gesamtplanverfahrens

- Dokumentation der Maßnahmen

5. Durchführung der Pflegemaßnahmen

- Leistungsnachweis der Pflege
- Leistungsnachweis medizinischer, therapeutischer und psychosozialer Behandlung (kann in den oberen Punkt einfließen)
- Pflegebericht
- Bewegungsplanung bei Bedarf

- Trinkprotokoll/Bilanz bei Bedarf

6. Evaluation der Pflegeplanung

- Auswertung/Übersicht des Pflegeprozesses

II. Übermittlung von Daten an Dritte (Weitergabe und Einsichtnahme)

Die Gesundheitsdaten werden insbesondere von Dritten (u.a. von Kranken- und Pflegekassen, bei Sozialhilfeempfängern vom Sozialhilfeträger) empfangen oder in der Einrichtung (insbesondere vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, dem Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung und der Heimaufsicht) eingesehen. Diese Übermittlung von Daten erfolgt aufgrund gesetzlicher Grundlagen:

- Die Abrechnung von Leistungen an die Pflegekasse (§§ 93, 94, 104, 105 SGB XI), die Krankenkassen (§§ 284, 302 SGB V) und ggf. an den Sozialhilfeträger (93 ff SGB XI und §§ 67 ff SGB X).
- Der Medizinische Dienst der Krankenkassen, der Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung oder von den Landesverbänden der Pflegekassen bestellte Sachverständige können im Rahmen von Qualitäts- und Abrechnungsprüfungen Daten einsehen (§§ 276, 284 SGB V, §§ 93, 97, 97a, 114, 114a SGB XI) und falls erforderlich übermitteln.

III. Recht auf Information und Auskunft

Nach § 19 EKD-Datenschutzgesetz besteht die Möglichkeit auf Antrag Auskunft über die in der Einrichtung gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten

Die Auskunft muss folgende Informationen enthalten:

- die Verarbeitungszwecke;
- die Kategorien personenbezogener Daten;
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind;
- falls möglich, die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch die verantwortliche Stelle oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde;
- wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten.

IV. Recht auf Berichtigung und auf Löschung

Gemäß § 20 Datenschutzgesetz-EKD werden unrichtige personenbezogene Daten jederzeit berichtigt oder vervollständigt.

Die Löschung der Daten kann gemäß § 21 Datenschutzgesetz-EKD verlangt werden, wenn keine rechtliche Verpflichtung zur Aufbewahrung mehr besteht oder eine Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist.

V. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß § 22 Datenschutzgesetz-EKD ist die weitere Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu beschränken beziehungsweise auf bestimmte Zwecke einzugrenzen, wenn

- die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es der verantwortlichen Stelle ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist, die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
- die verantwortliche Stelle die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
- die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat und es noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe der verantwortlichen Stelle gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

VI. Recht auf Datenübertragung

Gemäß § 24 Datenschutzgesetz-EKD sind vom Bewohner/von der Bewohnerin bereitgestellte und automatisiert verarbeitete, personenbezogene Daten in einem gängigen Format zur Verfügung zu stellen oder auf Wunsch an einen Dritten weiterzugeben (beispielsweise bei einem Wechsel der Pflegeeinrichtung).

VII. Widerspruchsrecht

Die Datenverarbeitung durch die Einrichtung ist im Falle eines Widerspruches unter den Voraussetzungen von § 25 Datenschutzgesetz-EKD zu unterlassen.

VIII. Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Datenverarbeitungen der Einrichtung können mittels Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde beanstandet werden.

Ansprechperson: Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, Herr Prof. Dr. Thomas Petri, Wagnmüllerstr. 18, 80538 München

1. verantwortliche Stelle, örtlicher Datenschutzverantwortlicher

Die für den Datenschutz verantwortliche Stelle der Einrichtung erreichen Sie unter:

Name: Siegfried Wonsack, Geschäftsführer

per Mail: datenschutz@lebenshilfe-hof.de

per Telefon: 09281/7552-0

2. Hinweis bei einer Auftragsdatenverarbeitung

Wir weisen darauf hin, dass externe Dienstleister mit Datenverarbeitungsvorgängen beauftragt wurden. Der externe Dienstleister gewährleistet die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften für die Auftragsdatenverarbeitung gemäß § 30 Datenschutzgesetz-EKD.

Raum- und Funktionsprogramm

gemäß "Technischer Empfehlungen für die Planung - für besondere Wohnformennach BTHG für Menschen mit Behinderung"

- ☒ Vorentwurf
- ☐ abgestimmtes Raumprogramm

Förderung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung (stationäre Einrichtung für Menschen mit Behinderung AVPflWoqG § 2 (2))

Träger: Lebenshilfe Hof - Wohnheim Walburgerweg
öffentlicher Auftraggeber gemäß § 98 GBW (sh. nbestbau): **Vermerk des Trägers**

- ☐ ja
- ☐ nein

Art der Einrichtung (Kostenobergrenze):

- ☒ 12 Werkstattgänger
- ☐ 6 Förderstättengänger
- ☐ 6 mit integrierter Tagesstruktur

- 4.400 Euro Kostenobergrenze für die Einrichtung
- 5.000 Euro Kostenobergrenze für die Einrichtung
- 5.700 Euro Kostenobergrenze für die Einrichtung

- ☐ 14 Plätze für gehfähige Behinderte in Einzelzimmern mit Sanitärzelle
- ☐ 10 Plätze für uneingeschränkte Rollstuhlnutzung und Behinderte - die wegen der Schwere ihrer Behinderung einer gleichzusetzend Bewegungsfläche benötigen - in Einzelzimmern mit Sanitärzelle
- ☐ Plätze für gehfähige Behinderte im Doppelzimmern mit Sanitärzelle
- ☐ Plätze für uneingeschränkte Rollstuhlnutzung und Behinderte - die wegen der Schwere ihrer Behinderung einer gleichzusetzend Bewegungsfläche benötigen - in Doppelzimmern mit Sanitärzelle
- ☐ Plätze für gehfähige Behinderte in Einzelzimmern mit einer Sanitärzelle für zwei Einzelzimmer
- ☐ Plätze für Rollstuhlfahrer und Behinderte - die wegen der Schwere ihrer Behinderung einer gleichzusetzend Bewegungsfl. benötigen - in Einzelz. einer Sanitärzelle für zwei Einzelzimmer
- ☐ 24 Heimplätze (≤ 24 Wohnplätze)
- ☐ einseitig Handläufe erforderlich
- ☒ Flurbreite beachten
- ☐ Flurbreite beachten
- ☐ beidseitig Handläufe erforderlich
- ☐ einseitig Handläufe erforderlich

Bewohnergruppe(n)

Nummer	Raum	Grundflächen-Zuordnung * Soll-Flächen	Wohn- fläche	Geschäfts- räume	Zubehör- räume	Soll-Flächen	Wohn- fläche	Geschäfts- räume	Zubehör- räume	Ist-Flächen	Wohn- fläche	Geschäfts- räume	Zubehör- räume	Diff. Soll / Ist
5.2	INDIVIDUALRÄUME													
5.2.1	Heimplatz für eine Person													
	Vorraum	-	3,0 m²											
	barrierefrei	-	4,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	4,0 m²											
	Wohn-Schlaf-Raum	-	4,0 m²											
	barrierefrei	-	14,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R) und Behinderte, die wegen der Schwere ihrer Behinderung eine gleichzusetzend Bewegungsfläche benötigen	-	16,0 m²											
	Sanitärraum (mit Waschlisch, WC und Duschplatz)	-	5,0 m²											
	barrierefrei	-	4,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	5,0 m²											
5.2.2	Heimplatz für zwei Personen													
	Vorraum	-	3,0 m²											
	barrierefrei	-	4,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	20,0 m²											
	barrierefrei	-	24,0 m²											
	Sanitärraum (mit Waschlisch, WC und Duschplatz)	-	4,0 m²											
	barrierefrei	-	5,0 m²											
5.3	RÄUME DER WOHNERGRUPPE													
5.3.1	Wohn- und Essraum													
	barrierefrei	-	20,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	4,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	5,0 m²											
5.3.2	Gruppenküche für Gesamtgruppe													
	barrierefrei	-	8,0 m²											
	je Gruppenplatz	-	1,0 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	12 m²											
	je Gruppenplatz	-	1,5 m²											
	uneingeschränkte Rollstuhlnutzung (R)	-	1,0 m²											
5.3.3	Hauswirtschaftsraum / Gruppenplatz													
	je Gruppenplatz	-	12,0 m²											
5.3.4	Gemeinschafts-/Pflege-/bad mit Pflegemittelraum und Fäkalenspüle													
	je Gruppenplatz	-	18,0 m²											
	je Gruppenplatz	-	3,0 m²											
5.3.5	Abstellräume u. Putzhammer / Gruppenplatz													
	je Gruppenplatz	-	0,5 m²											

5.3.6	Garderobe und Rollstuhlabsstellplatz	1. 2. 3. x (0,9m x 1,5m) - 2. 4. 6. x	2,7 m²	6	16,20 m²	17,92 m²	1,72 m²
	allgemeine Garderobe						
	Rollstuhlabsstellfläche - Erfahrungswert ca. 7 Rollstühle + Rollatoren						
5.4	GEWESCHAFTSRÄUME	~ 1,5 m²		14	115,00 m²	138,98 m²	23,98 m²
5.4.1	Mehrzweckraum / Heimplatz			10	36,00 m²	51,76 m²	15,76 m²
5.4.2	Gemeinschaftsküche mit Nebenräumen (alternativ zu 5.3.2)	~ 27,0 m²		1	0,00 m²	0,00 m²	0,00 m²
5.4.3	Hobbyraum auch therapeut. Nutzung incl. 2m² für Küchezeile	≥ 24,0 m²		10	27,00 m²	26,05 m²	-0,95 m²
5.4.4	Therapieraum	~ 1,0 m²			24,00 m²	24,57 m²	0,57 m²
5.4.5	Therapieraum / Heimplatz	≤ 5,00 m²		1	5,00 m²	6,13 m²	1,13 m²
5.4.6	Besucher-WC (eines sollte rollstuhlgerecht geplant werden)	≤ 2,50 m²			5,00 m²	10,17 m²	5,17 m²
5.4.7	Besucher-WC	≤ 14,0 m²		1	14,00 m²	16,30 m²	2,30 m²
	Ausweichzimmer / Gästezimmer	≤ 4,0 m²		1	4,00 m²	4,00 m²	0,00 m²
	mit barrierefreiem Sanitärraum						
5.5	RÄUME ZUR GESCHAFTSFÜHRUNG				85,90 m²	94,60 m²	8,70 m²
5.5.1	Einrichtungseleitung	~ 15,0 m²		1	15,00 m²	17,48 m²	2,48 m²
5.5.2	Wäsche- und Trockenraum / Heimplatz	~ 0,4 m²		10	9,60 m²	13,50 m²	3,90 m²
5.5.3	Dienstzimmer mit Sanitärbereich (Dusche, WC, Waschbecken) Wohngruppe 1 - 15m² + 4m²	~ 19,0 m²		1	19,00 m²	18,98 m²	-0,02 m²
	Dienstzimmer mit Mitarbeiter-WC (WC, Waschbecken) Wohngruppe 2 - 15m² + 2,5m²	~ 17,5 m²		1	17,50 m²	18,98 m²	1,48 m²
	Nachbereitlichkeit ohne Sanitärraum 8m²	~ 8,0 m²		1	8,00 m²	8,70 m²	0,70 m²
5.5.4	Personal / Heimplatz	~ 0,7 m²		10	16,80 m²	16,96 m²	0,16 m²
5.6	ZUBEHÖRRÄUME					107,06 m²	
	Vorratsräume	2,7 m²	x			8,56 m²	
	zentraler Rollstuhlabsstellplatz		x	2		0,00 m²	
	Abstellräume (Privatsachen Bewohner, Deko, Gartenmöbel usw.)		x	1		48,81 m²	
	Hausmeisterraum		x			13,83 m²	
	Hausanschluss-, Verteiler-, Heiz- und weitere Funktionsräume		x	1		35,86 m²	
	Summen				858,20 m²	952,53 m²	64,33 m²
5.7	VERKEHRSFLÄCHEN	25%	25%		222,05 m²	364,20 m²	142,15 m²
	bis zu 25 v.H. der Wohnflächen						
	bis zu 25 v.H. der Geschätsräume				1,110,25 m²	1,316,73 m²	206,48 m²
	Zubehörräume				1,217,63 m²	1,498,71 m²	281,09 m²
6	Summe, Heimplatz, Einzelzimmer, barrierefreie Nutzung	45,0 m²	3,5 m²	48,50 m²	46,26 m²	54,86 m²	8,70 m²
6	Summe, Heimplatz, Einzelzimmer, uneingeschränkte Rollstuhlnutzung	50,0 m²	3,5 m²	53,50 m²	46,26 m²	54,86 m²	8,70 m²
	Summe, Heimplatz, 14 barrierefreie Einzelzimmer, 10 Einzelzimmer für uneingeschränkte Rollstuhlnutzung				50,73 m²	62,45 m²	
	14 Einzelzimmer barrierefreie Nutzung	58%		28,29 m²			
	10 Einzelzimmer uneingeschränkte Rollstuhlnutzung	42%		22,29 m²			
	24 Summe Heimplatz	100%		50,58 m²			
	gem. Techn. Empfehlungen Nr. 5.7						
	gem. Art. 34 (2) BayBO Kommentar						